News Archiv 2022

2022-12-28 15:25

SPÖ tritt für Einfrieren der Mieten bis 2025 ein

Die hohe Inflation und die Energiekrise belasten Mieterinnen und Mieter. In zahlreichen Mietverträgen werden Wertsicherungsklauseln schlagend, hinzu kommen stark steigende Betriebskosten. Richtwert- und Kategoriemieten legen im Ausmaß der Inflation zu. Die Teuerung erreichte zuletzt 10,6 Prozent (November).

Die SPÖ macht nun Druck für ein Einfrieren der Mieten. Danach sollen sich Erhöhungen am Leitzinssatz statt am Verbraucherpreisindex (VPI) orientieren. Diese Punkte sollen beim nächsten Bautenausschuss am 24. Jänner aufs Tapet kommen, hieß es gegenüber der APA. Konkret sollen den Vorstellungen der SPÖ zufolge „alle Mieten bis 2025 eingefroren“ werden. In den nächsten zwei Jahren soll es keine Mieterhöhungen mehr geben dürfen.

Deckelung bei zwei Prozent

In der Zeit danach sollen sich Indexanpassungen nicht mehr, wie jetzt, am VPI, also an der Inflation, orientieren, sondern am Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) – dabei sollen sie aber „mit maximal zwei Prozent gedeckelt“ werden. Bei zwei Prozent liegt auch der offizielle Zielwert der Zentralbank für die Inflation.

Die Inflation als Richtschnur für Indexanpassungen soll jedenfalls laut SPÖ gekappt werden. Denn derzeit zahlten Mieterinnen und Mieter auf diese Weise doppelt – einmal über die hohen Gaspreise bei den Energierechnungen direkt und ein zweites Mal indirekt über die gestiegenen Mieten wegen des höheren VPI.

Ein Vorstoß zum Eindämmen der Mietanstiege kam auch bereits von der Mietervereinigung Österreich. Deren Präsident, Georg Niedermühlbichler, hatte angesichts der immer stärker steigenden Teuerungsrate von der Regierung im Herbst sowohl einen Mietdeckel als auch eine Abkehr von den Wertsicherungsklauseln in den Verträgen gefordert, damit nicht länger die volle Inflation auf die Mieten durchschlägt. In der Schweiz sind seinen Angaben zufolge die Mieterhöhungen auf 40 Prozent der Inflationsrate begrenzt. Das sei auch in Österreich nötig.

Read more … SPÖ tritt für Einfrieren der Mieten bis 2025 ein

2022-12-23 17:36

SPÖ pocht auf Teuerungsstopp für Lebensmittel

Für die SPÖ ist Weihnachten ein Anlass, neuerlich auf einen Teuerungsstopp – speziell für Lebensmittel – zu drängen. Gerade zu den jetzigen Feiertagen zeige sich deutlich, dass der Essenseinkauf für viele immer mehr zum finanziellen Problem werde, stellte Vizeklubchef Jörg Leichtfried heute fest. Er forderte die Regierung auf, die Preissteigerungen durch Aussetzung der Mehrwertsteuer, einen nationalen Gaspreisdeckel und verstärkte Preiskontrollen zu dämpfen.

Die Regierung müsse eingreifen, meint die SPÖ – hätten sich doch die Nahrungsmittel laut Statistik Austria im November um 15,2 Prozent verteuert. Die eingesetzte Kommission zur Preisbeobachtung sehe der Teuerung bei Lebensmitteln nur tatenlos zu. Aber: „Die Lebensmittelpreise müssen runter“, drängte Leichtfried.

Konkret verlangte er einen befristeten kompletten Verzicht auf die derzeit zehn Prozent Mehrwertsteuer auf Lebensmittel; das brächte einem durchschnittlichen Haushalt jährlich 400 Euro Ersparnis. Mit einem nationalen Kaufpreisdeckel (von 50 Euro pro Megawattstunde) sollten die Kosten für die energieintensive Produktion von Nahrungsmitteln wie z. B. der (besonders teuer gewordenen) Butter gesenkt werden und damit auch die Preise.

Außerdem hält Leichtfried verstärkte Preiskontrollen der Bundeswettbewerbsbehörde für nötig. Sie müsse dem Verdacht auf Preistreiberei bei Lebensmittelproduzenten nachgehen; der Wirtschaftsminister solle sie mit einem Sonderbericht beauftragen.

Read more … SPÖ pocht auf Teuerungsstopp für Lebensmittel

2022-12-15 17:50

FSG im ÖGB beschließt personelle Weichenstellungen

Wolfgang Katzian wieder als Kandidat für ÖGB-Präsidentschaft nominiert, Josef Muchitsch soll Rainer Wimmer alsFSG-Vorsitzender nachfolgen

„In Vorbereitung des 20. ÖGB-Bundeskongresses 2023 hatte die FSG neben inhaltlichen Schwerpunkten auch personelle Weichenstellungen zu beschließen“, berichtet der Bundesgeschäftsführer der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB, Willi Mernyi.

Der FSG-Bundesfraktionsvorstand hat heute folgende Entscheidungen getroffen: Wolfgang Katzian, seit 2018 an der Spitze des ÖGB, wird sich beim Kongress der Wiederwahl als ÖGB-Präsident stellen. Josef Muchitsch, Vorsitzender der GBH (Gewerkschaft Bau Holz), soll Rainer Wimmer als Vorsitzender der FSG nachfolgen.

Beide Kandidaten wurden einstimmig nominiert. Die entsprechenden Wahlen finden im Juni 2023 bei der FSG-Bundesfraktionskonferenz und beim ÖGB-Bundeskongress statt.

Read more … FSG im ÖGB beschließt personelle Weichenstellungen

2022-12-13 19:18

NR segnete Gehaltsplus für öffentlichen Dienst ab - NEOS dagegen!

Der Nationalrat hat heute mit den Stimmen von ÖVP und Grünen, aber auch von SPÖ und FPÖ, eine Dienstrechtsnovelle beschlossen, die als Kern den Gehaltsabschluss für den öffentlichen Dienst beinhaltet. Dieser bringt ein Plus zwischen 7,15 und 9,41 Prozent.

Im Schnitt beträgt die Erhöhung 7,32 Prozent, das gilt auch für die Zulagen. Die Novelle beinhaltet außerdem höhere Einstiegsgehälter und höhere Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte.

Grundgehälter erhöht

In dem Paket ist zudem eine Anpassung des Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetzes an das für die Privatwirtschaft geltende Landarbeitsgesetz enthalten. Auch höhere Grundgehälter für Polizeischüler, Justizwache-Aspiranten und Militärpersonen auf Zeit, eine bessere Entlohnung von Richteramtsanwärtern sowie eine Ausweitung von „Fachkarrieren“ wurden mit beschlossen.

Während alle anderen Fraktionen die Novelle lobten, verteidigte Gerald Loacker die Ablehnung durch die NEOS. Er gönne den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst die „respektable“ Erhöhung, die Steuerzahler seien bei den Verhandlungen aber schlecht vertreten gewesen. Bereits im Oktober habe Vizekanzler und Beamtenminister Werner Kogler (Grüne) Besserstellungen verkündet und dann erst die Gehaltsverhandlungen aufgenommen, kritisierte Loacker.

Read more … NR segnete Gehaltsplus für öffentlichen Dienst ab - NEOS dagegen!

2022-12-11 09:04

Energie: SPÖ-Chefin appelliert an ÖVP-Landeshauptleute

SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner appelliert an die ÖVP-Landeshauptleute, ihren Einfluss in Sachen Gaspreisdeckel geltend zu machen. Die Bundesländer hatten im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz in der Vorwoche vom Bund geschlossen einen Energieschutzschirm für Österreich analog zur deutschen Gaspreisbremse gefordert. Die SPÖ will in der kommenden Woche dazu einen Antrag im Nationalrat einbringen, so Rendi-Wagner in einem Brief an die Landeschefs der ÖVP-regierten Länder.

Die Gaspreise für Österreichs Wirtschaft und Industrie würden in wenigen Wochen rund zwei- bis dreimal so hoch sein wie in Deutschland, befürchtete Rendi-Wagner. „Unsere Wirtschaft verliert bei diesen Preisunterschieden massiv an Wettbewerbsfähigkeit.“ Diese Entwicklung sei „besorgniserregend“.

„Es ist die Aufgabe der Politik, alles zu unternehmen, damit der Mittelstand in Österreich nicht wegbricht.“ Die Krisenbewältigung dürfe nicht an die Bundesländer abgeschoben werden, meinte die SPÖ-Chefin. Die Landeshauptleute sollen als Landesparteichefs daher auf die Nationalratsabgeordneten ihres Bundeslands einwirken, dem SPÖ-Antrag zuzustimmen.

Read more … Energie: SPÖ-Chefin appelliert an ÖVP-Landeshauptleute

2022-12-02 16:04

SPÖ will mehr Unterstützung für Gemeinden

Die SPÖ hat heute ein Hilfspaket für Gemeinden verlangt. Zusätzliche Unterstützung sei notwendig, um etwa die Energiepreise zu bewältigen und soziale Infrastruktur aufrechterhalten zu können.

Eine Resolution an die türkis-grüne Bundesregierung umfasst auch die Forderung nach einem Gaspreisdeckel. Ein „Finanzkollaps in den Gemeinden muss verhindert werden“, sagte SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner bei einer Pressekonferenz.

Die SPÖ-Parteivorsitzende sprach von einer „wirtschaftlichen Abwärtsspirale“, wenn wichtige Projekte abgesagt oder auf Eis gelegt werden und in der Folge lokalen Betrieben die Aufträge fehlen. Wenn etwa Straßenbeleuchtung nicht mehr bezahlt und Hallenbäder nicht mehr geheizt werden können, habe das negative Auswirkungen auf das gesellschaftliche und soziale Leben.

Die Regierung sei gefordert, rasch zu handeln und zu verhindern, dass Kommunen in eine Schuldenfalle getrieben werden, so Rendi-Wagner anlässlich der Bürgermeister- und Bürgermeisterinnenkonferenz des SPÖ-Parlamentsklubs und des GemeindevertreterInnenverbandes (GVV).

Read more … SPÖ will mehr Unterstützung für Gemeinden

2022-11-19 14:10

SPÖ fordert neue Industriepolitik

Die SPÖ fordert eine neue, grünere Industriepolitik für Österreich. Es sei Zeit für eine Wende, sagte Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner heute in Wiener Neustadt bei einem „Themenrat“, bei dem die Abkehr von fossiler Energie viel Platz einnahm. „Doch die ökologische Wende kann nur mit einer politischen Wende gelingen“, so die SPÖ-Chefin. Kurzfristig bleibt die Sozialdemokratie bei ihrer Forderung nach einer Subventionierung von Erdgas.

Es brauche einen Gaspreisdeckel wie in Deutschland, um soziale Verwerfungen zu verhindern, so Rendi-Wagner. Für den Strommarkt fordert sie eine andere Form der Preisbildung. „Ein Strommarkt, der versagt und sich gegen die Menschen richtet, hat keine Existenzberechtigung mehr.“

Südekum als Gast

Die SPÖ hat für ihre inhaltliche Debatte den deutschen Ökonomen Jens Südekum als Gastredner eingeladen. Der Universitätsprofessor ist Berater der deutschen Regierung und SPD-Mitglied. Südekum, der eine Gaspreisbremse befürwortet, um eine Deindustrialisierung zu verhindern, sagte in Wiener Neustadt: „Bei allen kurzfristigen Maßnahmen darf das große Ganze nicht in Vergessenheit geraten“, es müssten in der Krise die Weichen gestellt werden, die man ohnehin braucht.

Rendi-Wagner griff Südekums Analyse auf. Für die Transformation hin zu null CO2-Emissionen brauche es einen starken, entschlossenen Staat. „Wenn man dieses Ziel ernst nimmt, und wir tun das mit allem Nachdruck, werden Überschriften nicht reichen“, sagte die SPÖ-Chefin. Wenn man die Ziele ernst nehme, müsse man alle zwei, drei Tage ein neues Windrad aufstellen. Ihre bisherige Forderung nach einer Aussetzung der CO2-Bepreisung wiederholte sie in ihrer Rede am „Themenrat“ nicht.

Ein „Themenrat“ findet laut Parteistatut in jenen Jahren statt, in denen kein ordentlicher SPÖ-Bundesparteitag angesetzt ist. Das „politische Schwerpunktthema“, um den er sich dreht, wird vom Bundesparteivorstand beschlossen. Teilnehmen können grundsätzlich alle Parteimitglieder.

Read more … SPÖ fordert neue Industriepolitik

2022-10-28 12:36

SPÖ mit Neuwahlantrag und Antikorruptionspaket

Die SPÖ wird in der kommenden Nationalratssondersitzung einen Neuwahlantrag und ein Antikorruptionspaket einbringen. Das kündigten Vizeklubchef Jörg Leichtfried und Justizsprecherin Selma Yildirim heute an. Die Sondersitzung zu den ÖVP-Ermittlungen am Mittwoch findet auf Verlangen von SPÖ und FPÖ statt. Bundeskanzler und ÖVP-Chef Karl Nehammer muss sich dabei einem Dringlichen Antrag stellen.

„Unser Land ist gestraft mit einigen Krisen, die das Leben der Menschen massiv belasten und beschweren“, sagte Leichtfried. Eine dieser Krisen sei die „demokratiepolitische Krise“, die durch die Korruptionsvorwürfe gegen die ÖVP ausgelöst worden sei, weil die Volkspartei für sich beschlossen habe, „dass die Grenze für politische Verantwortung ausschließlich das Strafrecht ist“.

Die einzige Lösung für dieses Problem seien Neuwahlen, so Leichtfried. Die SPÖ werde einen entsprechenden Antrag in der Sondersitzung einbringen, der sich aber auch auf die Handlungsunfähigkeit der türkis-grünen Regierung in der Energiekrise beziehe, sagte Leichtfired. Ob die SPÖ mit der von ihr so heftig kritisierten ÖVP nach Neuwahlen koalieren würde, ließ Leichtfried offen. Das werde man erst nach einem etwaigen Urnengang beurteilen.

Anträge zu Antikorruptionsmaßnahmen

Eine weitere Initiative im Nationalrat betrifft ein Antikorruptionspaket. Die SPÖ werde alle ihre diesbezüglichen Anträge noch einmal einbringen, erklärte Yildirim. Das beinhaltet unter anderem das Informationsfreiheitsgesetz, den weisungsfreien Bundesstaatsanwalt und mehrere Transparenzgesetze, etwa das Medientransparenzgesetz.

Yildirim zeigte sich verärgert über die „fehlende Einsicht der ÖVP“, die noch immer der Meinung sei, kein Korruptionsproblem zu haben. Beim Bundesstaatsanwalt müssten sich vor allem die Grünen bewegen, denn die ÖVP sei inhaltlich voll auf Linie der SPÖ, erläuterte die Abgeordnete. Man könnte dieses Gesetz noch heuer beschließen.

Read more … SPÖ mit Neuwahlantrag und Antikorruptionspaket

2022-10-20 08:27

younion-Meidlinger: Gemeinden und Städte brauchen dringend Hilfe

Kosten explodieren auf bis zu bis zu 1.350 Prozent

„Wenn man die Gemeinden jetzt hängen lässt, droht eine echte Katastrophe. Die Kosten für Energie explodieren bis zu bis zu 1.350 Prozent. Wir brauchen sofort ein Hilfspaket des Bundes“, forderte heute, Dienstag, der Vorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

„Die multiplen Krisen, von Corona, Energie bis Klima, sind für das gesamte Land und die Menschen eine wirtschaftliche Herausforderung, so auch für die Städte und Gemeinden“, sagte Meidlinger. Die Teuerungskrise trifft nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, die die steigende Inflation jeden Tag beim Einkaufen zu spüren bekommen. Auch der Druck auf die Kommunen wächst mit jedem weiteren Prozentpunkt bei der Geldentwertung.

„Die Maßnahmen der Regierung sind leider völlig unzureichend“, kritisiert auch Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion. So ist vor dem kommenden Winter absehbar, dass die Kosten für die Leistungen der Daseinsvorsorge, die Städte und Gemeinden tagtäglich erbringen, in bisher unvorstellbare Höhen steigen werden. Die Inflation und die damit zusammenhängenden Entlastungsmaßnahmen des Bundes lassen darüber hinaus in den nächsten Jahren sinkende finanzielle Spielräume für Städte und Gemeinden erwarten. Das birgt zusätzlich die Gefahr, dass Städte und Gemeinden Investitionen zurückfahren müssen, insbesondere vor dem Hintergrund stark gestiegener Energie-, Rohstoff- und Baupreisen. Notwendige Investitionen in den Klimaschutz und andere Bereiche könnten unfinanzierbar werden.

Kattnig: „Das Fiasko beginnt bei der Straßenbeleuchtung, setzt sich bei den Heiz- und Energiekosten für Gebäude und Einrichtungen der Städte und Gemeinden fort, zieht sich zu den Treibstoffpreisen für die Fahrzeuge, die im Gemeindeeinsatz stehen und wird auch die Bau- und Erhaltungskosten entsprechend nach oben schnellen lassen.“

Um auf demographische Veränderungen, wie eine alternde Gesellschaft sowie auf Pensionierungen in großer Zahl in den Kommunen adäquat reagieren zu können, braucht es ausreichend qualifiziertes Personal. Daher ist es besonders wichtig Reformen und Investitionen zu setzen, insbesondere in den Bereichen der Pflege und Betreuung sowie der Elementarpädagogik, die das Ziel haben, einerseits mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und andererseits Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Damit können die entsprechenden Berufsfelder auch attraktiviert werden.

„Es fehlen den Gemeinden schon jetzt Finanzmittel von bis zu 1,2 Milliarden Euro – Investitionen werden dadurch unmöglich. Bis 2025 werden sie rund zwei Milliarden verlieren. Die Regierung darf nicht mehr untätig bleiben. Besonders in den Bereichen Pflege und Elementarpädagogik sind sofortige Maßnahmen notwendig. Schöne Worte und Beschwichtigungen haben wir lange genug gehört“, schlossen Meidlinger und Kattnig.

Read more … younion-Meidlinger: Gemeinden und Städte brauchen dringend Hilfe

2022-10-18 09:24

AK Anderl zu EU-Kommission: Keine Mini-Reformen mehr, sondern echte Eingriffe in den Energiemarkt

Wirksame Maßnahmen gegen explodierende Energiepreise müssen jetzt kommen

Diese Woche treffen sich die Europäischen Regierungsspitzen erneut, um über Maßnahmen gegen die hohen Energiepreise zu diskutieren. Die AK fordert schon seit Monaten Eingriffe in den Energiemarkt, um gegen explodierende Energiepreise und die hohe Inflationsrate vorzugehen.

Konkret fordert die AK die Umsetzung des sogenannten iberischen Modells: Dabei wird der Gaspreis für die Stromerzeugung in Gaskraftwerken staatlich festgelegt - die Differenz zum tatsächlichen Gas-Einkaufspreis wird dem Gaskraftwerk ersetzt. „Dieser temporäre Markteingriff ist relativ einfach umzusetzen, wirkt aber nachhaltig: Dadurch sinkt der Strompreis an der Börse und in weiterer Folge bei den Haushalten und den Unternehmen. Außerdem gibt es weiterhin ausreichend Anreize, erneuerbare Energien auszubauen und krisenbedingte Übergewinne (windfall profits) werden reduziert“, betont AK Präsidentin Renate Anderl.

Aber es gibt auch andere positive Effekte des iberischen Modells, wie eine aktuelle Studie im Auftrag der AK zeigt: Bei einer Halbierung des Strompreises reduziert sich die Inflationsrate um ein Viertel - und das wirkt sich positiv auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Reallöhne und auf die Beschäftigung aus.

„Die AK fordert die Bundesregierung daher auf, sich diese Woche auf EU-Ebene aktiv für das iberische Modell einzusetzen. Angesichts der negativen Auswirkungen der Energiekrise auf alle Lebensbereiche, muss endlich das positive gesamtwirtschaftliche Potential der Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis genutzt werden. Gleichzeitig müssen aber auch Maßnahmen getroffen werden, um Gas einzusparen“, so Anderl.

Weiters würde auch ein gemeinsamer EU-weiter Einkauf von Erdgas helfen, den Gaspreis zu senken. Für Österreich hätte das den großen Vorteil, von russischem Gas unabhängiger zu werden. Die AK begrüßt daher, dass sich die EU-Mitgliedstaaten darauf geeinigt haben, eine gemeinsame Einkaufsplattform zu gründen.

Read more … AK Anderl zu EU-Kommission: Keine Mini-Reformen mehr, sondern echte Eingriffe in den Energiemarkt

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- Next
- Last »